

Peter Abat

Krise der spanischen Universität

Seit einigen Jahren berichtet die internationale Presse häufig über Unruhen an spanischen Universitäten. Professoren seien zeitweise oder für immer ihres Lehrstuhls enthoben worden, Studenten hätten ihr Studium aufgeben müssen, und die zwei wichtigsten Universitäten des Landes, Madrid und Barcelona, seien zeitweise geschlossen worden. Man hörte auch Namen von Persönlichkeiten des kirchlichen Lebens, die bei den Unruhen eine Rolle gespielt haben sollen.

Gewiß sind solche Unruhen an den Universitäten nicht auf Spanien beschränkt. Die geistige Krise der Gegenwart muß sich besonders in den Institutionen bemerkbar machen, in denen sich das intellektuelle Leben der Völker entfaltet. Diese Behauptung wird bestätigt, wenn man auf die Wirren und Konflikte hinweist, die an verschiedenen Universitäten in Deutschland, Italien und Frankreich ausbrachen, ganz zu schweigen von den Unruhen in den USA. In diesen Ländern besteht aber die Möglichkeit, sich über die Vorgänge hinreichend zu informieren, da die Presse frei und die öffentliche Meinung greifbar ist.

In Spanien ist es anders. Trotz der neuen Gesetzgebung, die die staatliche Vorzensur der Presse – eine Folge des Bürgerkriegs von 1939 – abgeschafft hat, herrscht noch keine echte Pressefreiheit. Ohne Zweifel hat sich die Lage gebessert, aber sie ist noch lange nicht ideal. Eine Umfrage der Schule für Journalismus der Universität Missouri (USA) über die Unabhängigkeit und Kritikfähigkeit der Presse in 25 europäischen Ländern gibt Spanien einen Koeffizienten von $-1,56$ (bei $+4$), zwischen Holland ($+3,25$) und Albanien ($-3,51$) als den beiden äußersten Punkten, ziemlich weit entfernt von der Bundesrepublik Deutschland ($+2,36$) und nahe der DDR ($-3,05$). Man kann der spanischen Presse schwerlich Glauben schenken, wenn sie die Unruhen an den Universitäten einfach auf marxistische Bewegungen zurückführt. In diesem Fall wären die Probleme der spanischen Universität rein politischer Natur. Dies trifft nicht zu, obschon es auch eine politische Unruhe gibt.

Geographischer Überblick

Spaniens Universitäten haben eine große Vergangenheit. Obwohl das Aufkommen des „studium generale“ mit einer bewegten Epoche des Kampfes gegen die arabische Invasion zusammenfiel, entstanden seit dem 13. Jahrhundert in regelmäßigen Abständen auf der ganzen spanischen Halbinsel Studienhäuser, die den Universitäten Euro-

pas ähnlich waren. Im 17. Jahrhundert besaß Spanien 32 Universitäten, deren größter Teil wieder unterging.

Heute, nach der letzten Reform am Ende des 19. Jahrhunderts, zählt Spanien 12 Universitätsbezirke, von denen jeder mehrere Provinzen umfaßt. Die Universitäten sind ungleich auf die einzelnen Bezirke verteilt und auch von unterschiedlicher Bedeutung. Während La Laguna auf den Kanarischen Inseln (gegründet 1701) und Murcia (1915) weder alle Fakultäten besitzen noch die Zahl von 1500 Studenten übersteigen, haben die Mammut-Universitäten Madrid (1508) 55 000 und Barcelona (1450) mehr als 21 000 Hörer. Es handelt sich hier um richtiggehende „Universitätsstädte“, die als eigene Stadtbezirke und auf Grund ihrer zentralen Lage selbst Millionenstädten ihr Gepräge geben. Zwischen diesen Extremen befinden sich Valencia (1500) und Sevilla (1502), Städte mit mehr als einer halben Million Einwohner, deren 7000 Studenten im Stadtbild wenig auffallen. Dasselbe trifft für Zaragoza (1474) mit seinen 6000 Studenten zu. Oxford, Tübingen oder Löwen mit ihrer typischen Atmosphäre einer kleinen Universitätsstadt entsprechen Valladolid (1250) mit 10 000 Studenten bei 172 000 Einwohnern, Salamanca (als älteste spanische Universität 1218 gegründet) mit 6000, Granada (1526) mit fast 8000, Santiago de Compostela (1506) mit fast 5000 und, in geringerem Maß, Oviedo (1578) mit 3500 Studenten. Insgesamt zählt Spanien etwa 126 000 Studenten. Wenn man die Studenten an den kirchlichen Universitäten und Hochschulen von Pamplona (1960), Madrid, Barcelona, Bilbao u. a. hinzurechnet, kommt man auf ungefähr 136 000 Universitätsstudenten.

Im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern ist der Prozentsatz der Studierenden sehr niedrig. In Spanien besitzen nur 0,43 v. H. der Einwohner Universitätsbildung, im Vergleich zu 10 v. H. in Großbritannien oder 12 v. H. in Frankreich. Für diese offensichtliche Unterentwicklung gibt es Gründe: die große Anzahl von Analphabeten, die trotz der Anstrengungen des letzten Jahrzehnts noch 9,4 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmachen, der geringe Prozentsatz von Abiturienten, der 3,1 v. H. nicht überschreitet, und die Vernachlässigung des Ausbaus der Bildungsmöglichkeiten auf dem Land. Einige Tatsachen: die baskischen Provinzen mit ihren Industrien und mehr als anderthalb Millionen Einwohnern haben keine staatliche Universität; dasselbe gilt für Extremadura, ein weiträumiges Gebiet mit einer ähnlichen Bevölkerungszahl, und für die Balearen mit ihren 500 000 Einwohnern. Málaga ist die einzige europäische Stadt mit über 300 000 Einwohnern ohne Universität. Die ungleiche geographische Verteilung der Universitäten ist eines der bildungspolitischen Probleme Spaniens. Sie begünstigt die Binnenwanderung und vergrößert die Kosten.

Stürmisches Wachstum

Zu allem hin hat in den letzten fünf Jahren die Zahl der Studenten rapid zugenommen. Überfüllung der Universitäten war die Folge. Es studierten:

1961-62:	81 614 Studenten	(0,28 v. H.)
1962-63:	87 608 Studenten	(0,3 v. H.)
1963-64:	102 216 Studenten	(0,34 v. H.)
1964-65:	112 541 Studenten	(0,36 v. H.)
1965-66:	125 771 Studenten	(0,4 v. H.)
1966-67:	ca. 135 000 Studenten	(0,43 v. H.)

Dieses Wachstum läuft der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung des Landes seit 1959/60 parallel. Es wird voraussichtlich die nächsten fünf Jahre weiter zunehmen und sich dann langsam stabilisieren. Nach Ansicht aller, die sich mit der jetzigen spanischen Universitäts-„Konjunktur“ befassen, war und ist man auf diesen Zuwachs nicht vorbereitet. Staat und Gesellschaft haben weder rechtzeitig die nötigen Räume und Hörsäle geschaffen noch die Universitätsgesetze der veränderten Situation angepaßt. Gesetze wie Gebäude sind veraltet. Nur wenige Universitäten konnten ihre Räume im erforderlichen Ausmaß erweitern. Die meisten müssen mit Gebäuden auskommen, die für die Zahl der Studenten nicht ausreichen, in ihrer pädagogischen Konzeption veraltet und meist mit zu wenig Forschungsgeräten ausgestattet sind. Noch problematischer ist aber die zentralistische, veraltete und rigoristische Gesetzgebung.

Das Problem der Universitätsgesetze

Das heute für die Universitätsverfassungen gültige Gesetz stammt vom 29. 7. 1943 und wurde für den Aufbau der Fakultäten und der Professuren 1965 erneuert. 1943 lebte Spanien in einer besonders unsicheren Situation. Kaum dem Bürgerkrieg entronnen, fand es sich mit einer unvollständigen Professorenschaft mitten im Weltkrieg und im Einflußbereich der totalitären Mächte. Die Universitätsgesetze trugen deshalb stark autoritäre, antidemokratische Züge. Die spanische Universität wurde hauptsächlich als Organ des Staates, nicht als Instrument zur Erreichung des Gemeinwohls betrachtet. Ihre Aufgabe war unter anderem der Dienst an den politischen Idealen der Falange.

Um dieses Programms willen hatte man ein weitreichendes Einspruchsrecht der Zentralregierung vorgesehen. Die Universitäten sind weithin den Unterrichtsministern unterstellt, die direkt vom Staatschef ernannt werden und außerordentliche Befugnisse haben. Sie ernennen die Rektoren und bestimmen deren Amtszeit, sie bestätigen die Ernennung der Dekane, sie berufen die „Generaldirektoren“ des Erziehungswesens und haben entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Berufungsausschüsse. Sie stellen, mit einem Wort, die höchste Autorität im akademischen Bereich dar. Die Universitäten haben also keine autonome Leitung und können auch ihre Lehrpläne nicht selbst aufstellen. Die Regierung in Madrid hat in allem das letzte Wort, in wirtschaftlichen wie in wissenschaftlichen Fragen. Eine fortschreitende Entfremdung zwischen Gesellschaft und Universität war die Folge. Die wissenschaftliche Entwicklung

in den Nachkriegsjahren wurde von den spanischen Unterrichtsministern fast untätig beobachtet. Erst im Jahr 1965 versuchte man zögernd eine gewisse Umstrukturierung der Fakultäten.

Heute läßt sich nicht mehr länger übersehen, daß die Universitäten dringend erweitert und in ihren Institutionen auf den gegenwärtigen Stand gebracht werden müssen. Das Unterrichtsministerium berät zur Zeit einen neuen Gesetzentwurf. Die Planungen befinden sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium. Sie liegen in den Händen einer Gruppe, die in ihrer Konzeption weitgehend übereinstimmt. Zu ihren Mitgliedern zählt außer Unterrichtsminister Dr. Lora Tamayo (ehemaliger Professor der Universitäten von Madrid und Sevilla und berühmter Gelehrter) der Generaldirektor für Universitätsbildung, Dr. Hernández Díaz (ebenfalls von der Universität Sevilla), der Rektor der Madrider Universität und weitere Professoren für Rechtswissenschaft und Philosophie von den Universitäten Zaragoza, Granada, Madrid, Sevilla und Santiago de Compostela. Der Gesetzentwurf wurde bis zu seiner Bekanntgabe durch den Minister bei der Eröffnung des Studienjahres 1966/67 streng geheimgehalten. Danach sickerten neue Nachrichten durch, die ein ungünstiges Klima unter den Professoren schufen. Infolgedessen beschloß das Ministerium eine Umfrage bei allen ordentlichen Professoren. Diese Umfrage machte mehr den Eindruck einer Geste, die den Anschein von Demokratie erwecken sollte, denn als echte Befragung. Der Gesetzentwurf nämlich ist so gut wie ganz ausgearbeitet.

Nach seinen Bestimmungen sollen die Universitäten von der Regierung weitgehend unabhängig werden. Gestaltung der Studienpläne, Berufung der Professoren und Finanzierung fallen immer mehr in die Zuständigkeit der Universitäten selbst. Jede Universität soll von einem unabhängigen Senat regiert werden und ihre eigenen Autoritäten wählen können. Man scheint eine Höchstzahl von 10 000 Studenten für eine Universität anzustreben, eine Begrenzung, die vorläufig nur für Madrid und Barcelona von Bedeutung ist. Außerdem will man nach deutschem Vorbild den Privatdozenten einführen und für die Studienpläne nur einige allgemeine Richtlinien aufstellen, innerhalb derer jede Universität selbständig handeln kann. Es ist geplant, die Fakultäten einer Universität je nach den technischen und wirtschaftlichen Erfordernissen einer Region auf verschiedene Städte zu verteilen. Der Gesetzentwurf befaßt sich ferner mit dem Problem der Errichtung nichtstaatlicher Universitäten. Das ist eine schwierige Frage, weil das Ministerium zwar den Eindruck der Liberalisierung erwecken will, aber zugleich in Universitäten, die nicht von ihm selbst kontrolliert werden, das Aufkommen oppositioneller Gruppen fürchtet.

Von den befragten Professoren scheinen viele diesen fortschrittlichen Gesetzentwurf nicht gut aufgenommen zu haben. Sie begrüßen zwar alle Vorteile, die das Gesetz ihnen einräumt, sträuben sich aber gegen einen freien Wettbewerb und den Verlust der Privilegien, die sie heute fast ohne Einschränkung genießen. Ebenso widersetzen sie sich der Errichtung freier, nichtstaatlicher Universitäten aus Furcht, diese entwickelten ein Klassenbewußtsein und würden finanziell bevorzugt.

Wirtschaftliche Probleme

Die Entfremdung zwischen Universität und Gesellschaft in Spanien wurde bereits erwähnt; sie spiegelt sich in der wirtschaftlichen Lage der Universitäten. Sie leben fast ausschließlich von unzulänglichen staatlichen Mitteln. Im Studienjahr 1960/61 teilte die spanische Regierung dem Unterrichtsministerium 5618 Millionen Peseten zu, 1966 21 520 Millionen (= 1 450 000 DM), d. h. 8,57 beziehungsweise 12,75 v. H. des Gesamthaushalts. Höchstens 8 v. H. dieser Summe dürfte für die Hochschulen bestimmt sein. Das reicht bei weitem nicht aus, wenn man die Unterentwicklung des spanischen Schulwesens überhaupt, das Wachstum der letzten Jahre und die Notwendigkeit neuer wissenschaftlicher Institute betrachtet.

Das Ministerium ist finanziell nicht in der Lage, Professoren und Dozenten ausreichend zu bezahlen. Solche Probleme herrschen zwar auch in anderen europäischen Ländern und haben eine Abwanderung von Wissenschaftlern in die USA zur Folge. In Spanien sind weniger die ordentlichen Professoren betroffen als die Dozenten und Assistenten. Ihre Gehälter liegen meist unter dem Lohn eines Facharbeiters. Die ordentlichen Professoren sind besser gestellt. Nur wenige brauchen die zusätzlichen Vergütungen des Ministeriums für eine hauptberufliche Tätigkeit anzunehmen. Die meisten verwenden nur einen Teil ihrer Arbeitszeit auf ihre Professur. Das gilt besonders für die Professoren der Medizin. Sie können nicht nur ihre Privatpraxis ausüben, sondern auch Universitätseinrichtungen und universitätseigenes Material für private Zwecke benutzen. Oft bekleiden sie wichtige Posten in der Krankenversicherung und in medizinischen Abteilungen der Privatindustrie. Deshalb müssen in einigen spanischen Fakultäten Studenten höherer Semester meist unentgeltlich Vorlesungen halten. Dies alles weckt Unbehagen. Die Studenten fühlen sich als namenlose Masse. Kontakt mit den Professoren ist fast unmöglich. Oft fehlen die Mittel für die praktischen Übungen.

Studieren ist in Spanien sehr teuer. Deshalb stammen die meisten Studenten aus den oberen Schichten des Volkes, nämlich 82 v. H. aus dem wohlhabenden Bürgertum. 11 v. H. stammen aus den unteren sozialen Schichten, 6 v. H. aus den untersten. Die vom Arbeits-, Erziehungs- und Wirtschaftsministerium bewilligten Stipendien und Studienbeihilfen wurden zwar von 1961 bis 1966 vervierfacht. Sie nahmen von 532 Millionen Peseten 1961/62 auf 2017 Millionen Peseten 1965/66 zu. Da jedoch nur ein kleiner Teil für die Universitätsstudenten bestimmt war, blieb die wirtschaftliche Situation eine entscheidende Barriere für den Zugang zu den höheren Studien. Viele Begabungen gehen verloren, während Söhne reicher Familien unabhängig von ihrer Begabung und beliebig lang studieren können. Die soziale Ungerechtigkeit liegt zutage.

Der spanische Universitätsstudent

Die meisten Abiturienten entstammen einem wohlhabenden Milieu. Sie haben von den Nöten und Sorgen ihrer Altersgenossen kaum Ahnung. Körperlich voll entwickelt (im Durchschnitt 16,5 Jahre), fehlt ihnen die geistige und charakterliche Reife für ein

akademisches Studium. Die Allgemeinbildung ist schwach, der kritische Sinn persönlicher Urteilsbildung unentwickelt. Meist bleibt es im Studium beim Auswendiglernen. Da die Berufswahl häufig von familiären, wirtschaftlichen oder sozialen Motiven entscheidend bestimmt wird, ist sie nicht frei genug. Die Studenten leiden unter einem Gefühl der Unsicherheit, das sie anfällig macht für Ideologien, zumal sie, während ihrer Gymnasialzeit paternalistisch dirigiert, in einer Art von „kollektivem Infantilismus“ leben. Die Folgen einer Verlängerung der Gymnasialzeit um zwei Jahre sind schwer abzusehen. Auf die Studenten und ihre Berufsauffassung würde es sich wahrscheinlich nur günstig auswirken. Eine mittelmäßige studentische Leistung wird zur Zeit erst nach zwei Jahren überschritten. Dann taucht schon bald die Angst der Stellensuche auf. Eine Stelle zu finden, ist bei der wirtschaftlich-sozialen Situation vor allem für Mediziner, Juristen und Naturwissenschaftler ein Problem.

Die Ferien bringen weitere Schwierigkeiten; sie sind schlecht auf das Schuljahr verteilt. Einzelne freie Tage zur Entspannung und für ein persönliches Studium während des Schuljahrs fehlen. Sommerferien von fast vier Monaten sind zu lang und verleiden ganz oder teilweise das Interesse am Studium. Die meisten Studenten können mit den Ferien nichts anfangen. Eine vormilitärische Ausbildung zu Unteroffizieren während zweier Sommerferien ermöglicht den Militärdienst abzuleisten, ohne den Studiengang zu unterbrechen. Nicht alle nehmen an diesen Übungen teil. Wer aber teilnimmt, hat sich der Möglichkeit begeben, mit der Arbeitsbevölkerung während seiner Militärzeit in Kontakt zu kommen. Als Folge davon bildet sich in der spanischen Gesellschaft wieder eine neue, „bessere“ Schicht.

Nur wenige Studenten beteiligen sich in den Sommerferien an Arbeitseinsätzen im „Studentischen Arbeitsdienst“ (Servicio Universitario del Trabajo: SUT) oder an der vom Unterrichtsministerium organisierten Kampagne gegen Analphabetentum. Den spanischen Durchschnittsstudenten lockt auch kein Aufenthalt im Ausland zur Erlernung fremder Sprachen. Da die höheren Schulen nur mangelhaft auf Fremdsprachen ausgerichtet sind, kann sich nur eine Minderheit spanischer Abiturienten korrekt französisch oder englisch ausdrücken. Zwar läßt die europäische Randlage Spaniens die Kenntnis fremder Sprachen weniger notwendig erscheinen. Doch bahnt sich in letzter Zeit durch den zunehmenden Fremdenverkehr ein Wandel an. Das Interesse an Sprachen und Sprachenstudium im Ausland wächst.

Universität und Politik

Wie in der ganzen Welt galt auch in Spanien die Universität im traditionellen Sinn als eine Institution für persönliche Bildung und gesellschaftliche Ideen zum Wohl des Landes. In der Tat trug die Universität einen wesentlichen Anteil an der Formung derer, die das politische Leben Spaniens während der letzten 30 Jahre gestalteten. Ihr entstammt die Falange; aus den Universitätsstudenten berief General Franco Offiziere,

die, schnell ausgebildet, im Bürgerkrieg eine entscheidende Rolle spielten. Bis heute setzt sich das Kabinett weithin aus Akademikern zusammen. Dennoch hat nach dreißigjähriger Regierungszeit die Gruppe der Militärs immer noch Bedenken gegen die „Intellektuellen“.

Man hat in all den Jahren den großen Fehler begangen, die Universität zu politisieren, ohne die Studenten politisch zu bilden. Die Politisierung der Universität ist offensichtlich. Sie hat den politischen Idealen des Staates zu dienen (Präambel des Gesetzes vom 29. 7. 1943) und muß sich den politischen Prinzipien der Regierung unterwerfen. Die Professoren mußten ihre Treue zum Staat in einem Schreiben an das Generalsekretariat der Partei bekunden (Art. 58). Die Rektoren mußten sogar als aktive Mitglieder der „Falange Española Traditionalista“ angehören.

Nach dem Muster der Studentenbewegung, die kurz vor dem Bürgerkrieg in der Falange entstanden war, wurde für die Studenten die „Spanische Universitätsgewerkschaft“ (SEU) gegründet. Die SEU war die einzige legale studentische Organisation; ihr anzugehören war Pflicht; jeder hatte sich zu ihren politischen Grundsätzen zu bekennen. Dabei konnten die Studenten selbst nur die Vertreter der einzelnen Studienjahre wählen. Alle anderen Funktionäre wurden vom Parteiministerium ernannt. Auf die Besetzung der politisch wichtigen Posten – wozu auch die Vertretung in den spanischen Cortes gehörte – hatten also die Studenten selbst keinen Einfluß.

Bis zum Jahr 1960 arbeitete die SEU reibungslos und mehr oder weniger erfolgreich. Man bemühte sich um Bildungsförderung, um wirtschaftliche Hilfe, Mensen, Stipendien, sommerliche Arbeitseinsätze und studentische Reisebüros. Abgesehen von diesen Tätigkeiten wurde die SEU nicht sonderlich geschätzt, da die Studenten ihr angehören mußten, obwohl sie keine akademische Freiheit zuließ.

Die Organisation stieß auf ernsthafte Schwierigkeiten, als sich 1959/1960 in Politik und Wirtschaft Liberalisierungstendenzen bemerkbar machten. Dabei kam es an verschiedenen Universitäten zu Auseinandersetzungen. Man forderte die Abschaffung der SEU, die Gründung unabhängiger Studentenvereinigungen und überhaupt Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Die wichtigsten Versuche in dieser Richtung waren 1961 die Gründung der Freien Studentenvereinigung (Federación Libre de Estudiantes: FUDE) und der Union Demokratischer Studenten (Unión de Estudiantes Democráticos: UED). Die FUDE wurde von Anfang an von marxistischen und Castro-hörigen Minderheiten kontrolliert und von illegalen Parteien finanziert. Die UED fand die Unterstützung der christlichen Demokratie, deren Zeitschrift „Cuadernos para el Diálogo“ ein gewisses Ansehen in Universitätskreisen gewonnen hat.

Trotzdem kann man von einem entscheidenden Einfluß dieser politischen Gruppen nicht sprechen; dafür steht der spanische Student der Politik zu apathisch, um nicht zu sagen allergisch gegenüber. Statistiken und Meinungsumfragen, die an verschiedenen Universitäten veranstaltet wurden, bestätigen übereinstimmend politisches Desinteresse. Dieses ist ohne Zweifel von der sozialen Herkunft der meisten Studenten mitbedingt. Keine 10 v. H. kennen alle Minister der gegenwärtigen Regierung. Die

Mehrheit ist von der Geschichte und von der Gesellschaft her zu wenig vorbereitet, als daß sie bei der allgemeinen Apathie des Volkes politische Fragen selbständig beurteilen und bewerten könnte. Für ein politisches Engagement fände man an einer Universität allenfalls ein paar Dutzend Studenten bereit. Gewisses politisches Interesse findet man in den juristischen und philosophischen Fakultäten. Auf ausgesprochenes politisches Interesse stößt man naturgemäß in den Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Bei dem Referendum für ein neues Grundgesetz des Staates im Dezember 1966 hatten nur wenige Studenten den Gesetzentwurf gelesen, noch weniger hatten sich ein Urteil gebildet.

Wenn die Regierung aus diesem Grund an den Universitäten Beeinflussungsversuche und Opposition fürchtet, mag sie recht haben. Sie täte aber besser, wenn sie ihr eigenes Schuldkonto bedächte, nachdem sie lange Jahre hindurch keine überparteiliche politische Bildung zuließ. Die jüngsten politischen Unruhen sind also nur zu einem geringen Teil durch Druck einer Minderheit auf eine ungeformte Masse verursacht. Sie wurzeln in der mangelhaften Ausbildung der Studenten und in den dargelegten Umständen, die sich in den letzten fünf Jahren eher verschärften.

Mit Beginn des Studienjahrs 1961/62 wurde der Prestigeverlust der Studentengewerkschaft besonders deutlich. Zeichen einer beginnenden Auflehnung der Studenten gegen die staatlich verordnete Linie vermehrten sich. 1962 gab es erstmals in Spanien Arbeiterstreiks mit ausschließlich politischen Zielen. Sie richteten sich in erster Linie gegen die staatlichen Gewerkschaften, deren Mängel denen der SEU glichen. Die Regierung ergriff anfangs harte Maßnahmen, mußte aber schließlich zurückweichen und der gewählten Vertretung Rechte einräumen. Für die Studenten war dies der Zeitpunkt, auch ihre Forderungen anzumelden und gegen das staatliche Gewerkschaftssystem zu protestieren. Bei diesem Anlaß spielte die kommunistische Minderheit eine große Rolle, die hier offensichtlich den Anweisungen der Exilpartei folgte.

Im Studienjahr 1964/65 nahmen die Zwischenfälle vor allem an der Universität von Madrid an Heftigkeit zu. Im Frühjahr 1965 leiteten einige Professoren in der Universitätsstadt eine pazifistische Kundgebung, die von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Das Unterrichtsministerium reagierte scharf: man entthob einige Professoren zeitweise oder dauernd ihres Lehrstuhls und belegte eine Anzahl von Studenten mit akademischen Strafen. Einige Fakultäten wurden geschlossen. Diese Maßnahmen verschärften nur die Atmosphäre und weiteten die Unruhen auf andere Universitäten, besonders auf Barcelona, aus. Dort waren Oppositionsgruppen mit teilweise marxistischer Tendenz am Werk.

Schließlich gab die Regierung nach. Mit einer Verordnung vom 2. 4. 1965 wurden an jeder Universität Studentenvereinigungen (*Asociaciones profesionales de Estudiantes*: APE) gegründet, die zwar obligatorisch blieben, aber eine echte Vertretung auf allen Ebenen zuließen. Als zentrales Organ der Einigung und Koordinierung wurde ein „Nationales Kommissariat“ geschaffen, dessen Leiter weiterhin „auf Vorschlag des Minister-Generalsekretärs der Bewegung“ ernannt wird. Alle APE sollen dann die

SEU bilden. Diese Lösung konnte nicht zufriedenstellen, weil sie noch keine wirkliche Demokratisierung bedeutet. Es kommt hinzu, daß man die Studentenvereinigungen, wohl um sie leichter im Auge behalten zu können, auf die einzelnen Fakultäten beschränkte. Von allen Studenten wurde wiederum ein allgemeines politisches Bekenntnis verlangt (Art. 7). Es schloß die Verpflichtung zur Gewerkschaft und ihren politischen Idealen ein. Die wirtschaftlichen Mittel blieben weiterhin unter Kontrolle des Kommissariats.

Die Spannungen waren dadurch nicht behoben. Bald begannen die Auseinandersetzungen von neuem. Die Regierung versuchte es noch mit weiteren Konzessionen, ohne jedoch auf das Kommissariat für die SEU und auf eine übertriebene Kontrolle durch die akademischen Autoritäten bei Versammlungen und anderen Initiativen der Studenten zu verzichten. Im Mai 1966 kam es zu der berühmt gewordenen Affäre der Kapuzinerpatres in Barcelona-Sarriá. Sie stellten ihre Aula für eine unerlaubte Studentenversammlung zur Verfügung, bei der sich eine freie Studentenvereinigung konstituierte. Die darauffolgende Kundgebung von hundert Priestern in Barcelona als Protest gegen die Methoden der Polizei gab dem Vorfall eine Bedeutung für ganz Spanien, provozierte entgegengesetzte Meinungen und verschärfte die bereits vorhandene Trennung im spanischen Katholizismus.

Das Studienjahr 1966/67 begann in scheinbarer Ruhe. Die Unruhen lebten wieder auf, als der Vorsitzende der Studentenvereinigungen Barcelona und andere Städte besuchte, um mit den inzwischen entstandenen unabhängigen Studentengruppen zu sprechen. In Madrid erreichte die Spannung Ende Januar 1967 einen neuen Höhepunkt. In Verbindung mit den Streiks der Arbeiter kam es zu ernststen Zwischenfällen und zu Zusammenstößen mit der Polizei, was die zeitweise Schließung der Universität zur Folge hatte. Auf einer Versammlung in Valencia wollten die illegalen Vereinigungen ihre Aktivität koordinieren. Die Polizei löste die Versammlung auf. Über die Beteiligten wurden akademische Strafen verhängt.

Das religiöse Problem

Die Probleme der spanischen Universität, wie sie gerade in solchen Unruhen zum Ausdruck kommen, sind mit der religiösen Situation der spanischen Gesellschaft eng verknüpft. Die Studenten kommen zu fast 40 v. H. aus Kollegien, die von katholischen Orden und Kongregationen geleitet werden. Sie besitzen einen Fundus an Religiosität, der sehr gefühlsbetont, aber nicht hinreichend gereift, im Abiturientenalter eher noch pubeszent ist. Mit dem rapiden Wachstum des profanen Wissens müßte auch der Glaube kritisch erworben werden. Das gelingt vielen. Viele werden aber auch dem Religiösen entfremdet.

In den letzten Jahren ist an den Universitäten ein wissenschaftlicher Atheismus aufgekommen, der auf seinen Unglauben stolz ist und ihn ohne Hemmung bekennt. Diese Atheisten, an Zahl wenig, aber aktiv und missionarisch, finden ein gutes Echo in einer Atmosphäre des Antiklerikalismus unter den Intellektuellen. Dies ist jedoch mehr eine gesellschaftliche Erscheinung als ein religiöses Problem. Sie wurde durch die enge Verbindung von Kirche und Staat hervorgerufen, die in Franco-Spanien besteht. Auch Religionsunterricht als Pflichtfach an den Universitäten nährt Antiklerikalismus, zumal diese Lehrstühle lange Zeit hindurch Professoren ohne wissenschaftliches Niveau anvertraut waren.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat einen positiven Einfluß auf die Studentenschaft ausgeübt. Obwohl die Haltung der spanischen Hierarchie auf dem Konzil von der Mehrzahl der Studenten nicht immer gebilligt wurde, lernten diese zum ersten Mal, daß die Katholische Kirche und die Lebensform des Katholizismus in Spanien nicht identisch sind.

Die katholischen Universitätsorganisationen haben in den letzten Jahren an Einfluß verloren, weil sie zu wenig Verständigungsbereitschaft zeigten. Die Katholische Aktion an der Universität (JEC) und die marianischen Kongregationen (FECUM) suchen neue Wege, finden aber keine geeignete Form für modernes Laienapostolat. Dasselbe gilt vom OPUS DEI, obgleich es dieser einflußreichen Institution gelungen ist, 1960 in Navarra eine freie Universität zu gründen, deren akademisches Niveau insgesamt höher liegt als das der staatlichen Universitäten. Das Dekret des Zweiten Vatikanums über die Religionsfreiheit wurde in akademischen Kreisen gut aufgenommen, obgleich an der Universität ein Problem religiöser Intoleranz nicht existierte. Angehörige nichtkatholischer Konfessionen waren immer vom (katholischen) Religionsunterricht befreit. Man hat aber die engen Interpretationen einiger spanischer Bischöfe in ihren nachkonziliaren Äußerungen kritisiert, und die Beschränkung der Religionsfreiheit im Religionsfreiheitsgesetz entschieden abgelehnt.

Die Krise der spanischen Universität, die im Grund genommen die Krise der spanischen Gesellschaft widerspiegelt, kann nur durch eine umfassende Strukturreform überwunden werden. Der Prozeß der Liberalisierung, der mit der Reform der Verfassung zaghaft eingeleitet wurde, bietet gute Ansätze und läßt auf Maßnahmen hoffen, die das Problem an der Wurzel anpacken. Wenn sie nicht gelingen, werden die Unruhen fortauern und auswachsen. Sie werden auf die Dauer dem Wohl des Landes schweren Schaden zufügen. Die jetzige Generation der spanischen Studenten ist aber wach geworden.